

zur intensiv erweiterten Reproduktion, die die Mobilisierung der qualitativen Faktoren des Wirtschaftswachstums (-> Leistungsentwicklung der Volkswirtschaft; -> Grundfondsökonomie), den konzentrierten Einsatz der I. für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verlangt.

Überall, wo I. eingesetzt werden, ob für die weitere Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, für die Stärkung der Exportkraft, die höhere Veredlung von Rohstoffen, Materialien und Erzeugnissen, die rationellere Energieanwendung, die umfassendere Nutzung von Sekundärrohstoffen oder die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, insbesondere der Wohnverhältnisse - immer kommt es darauf an, mit ihnen die höchste Effektivität zu erzielen. Dabei ist es erforderlich, den Investitionsaufwand weiter zu senken, besonders den Bauanteil, sowie die Bauzeiten um 30 bis 50 Prozent zu verringern.

Aus den genannten Gründen sind auf dem Gebiet der I.tätigkeit hohes Verantwortungsbewußtsein, wissenschaftlich fundierte Vorausschau, gründliches Rechnen, der unbedingte Wille, aus jeder investierten Mark in kürzester Zeit den höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Nutzen zu erzielen, sowie eine zielstrebige Leitung unbedingt erforderlich.

Für die Vorbereitung und Durchführung der I. sind die I.auftraggeber verantwortlich. Sie erarbeiten die Aufgabenstellung und die Grundsatzentscheidung als Dokumente der Vorbereitung von I.vorhaben. Nur Vorhaben, deren Vorbereitung durch eine bestätigte Grundsatzentscheidung abgeschlossen ist, dürfen in die -> Volkswirtschaftspläne aufgenommen werden. Die örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte haben eine hohe Verantwortung für die Durchsetzung der Staatsdisziplin in der I.tätigkeit. Die Inangriffnahme von I. ohne abgeschlossene Vorbereitung oder ohne staatliche Auflage und außerhalb der bestätigten -> Objektliste ist nicht statthaft. Die Einheit von Plan, Bau- und Ausrüstungsbilanzen (-> Finanzierung) sowie Verträgen muß gesichert werden.

Die örtlichen Räte, insbesondere der Bezirke und Kreise, müssen die Vorbereitung sowie die zügige, effektive Realisierung der I. in ih-

rem Verantwortungsbereich gewährleisten. Darüber hinaus ist es ihre Aufgabe, alle I.Vorhaben im Territorium zu koordinieren mit dem Ziel, den I.aufwand zu senken (z. B. durch gemeinsame I. mehrerer Betriebe) und den volkswirtschaftlichen Nutzen zu erhöhen (-* territoriale Rationalisierung). Bestandteil der Vorbereitung ist die Erteilung von Standortbestätigungen und -> Standortgenehmigungen für I. durch die Räte. Diese verfügen damit in der Vorbereitungsphase der I. über wichtige Mittel zur Einflußnahme auf deren Effektivität, indem sie auf der Grundlage langfristiger, von den Volksvertretungen beschlossener -> Entwicklungskonzeptionen (-* Generalbebauungsplan; -> Generalverkehrsplan) über eine rationelle Standortauswahl entscheiden.

Die Abgeordneten nehmen ihre Verantwortung auf diesem Gebiet hauptsächlich über ihre Tätigkeit in den ständigen Kommissionen wahr. Nach der Beschlußfassung der Volksvertretungen über die Volkswirtschafts- und -> Haushaltspläne kontrollieren die Kommissionen in der Phase der Durchführung der I. deren planmäßige Fertigstellung. Sie haben das Recht, von den I.auftraggebern Rechenschaft über den Bauablauf zu verlangen, sich bei -> Objektbegehungen über die Qualitäts- und termingerechte Arbeit der ausführenden Betriebe sowie über Ordnung, Sicherheit und Disziplin auf den Baustellen zu informieren und Vorschläge sowie Empfehlungen zur planmäßigen Realisierung zu geben.

Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR „Über die Erhöhung der Effektivität der Investitionen zur weiteren Stärkung der ökonomischen Leistungsfähigkeit der DDR“, Neues Deutschland vom 10./11.

11. 1979, S. 3; VO über die Vorbereitung von Investitionen vom 13. 7. 1978 (GBL I 1978 Nr. 23 S. 251) i. d. F. der 2. VO vom 12. 12. 1979 (GBL 11980 Nr. 1 S. 15) und der 3. VO vom 30. 12. 1981 (GBL 11981 Nr. 32 S. 375); VO über die Durchführung von Investitionen vom 27. 3. 1980 (GBL 11980 Nr. 13 S. 107).

D. Berger/H. Bestei, Koordinierung von Investitionen in Kreisen, Städten und Gemeinden, Berlin 1983 (Der sozialistische Staat, Theorie - Leitung - Planung).